

Ercheinungswerte: Einmal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 1.-

Dienstag, den 28. Februar 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Liefergeld 24.- vierteljährlich, Postbezugspreis 27.- mit Beifriede. Einmal der Anzeigenannahme 4 Uhr vormittags.

## Neueste Nachrichten.

Die Frankfurter *Sozialistische* wurde gestern unter vorläufigen Randgebungen eröffnet.

Die mit einer Abordnung der Reparationskommission der Entente in Berlin gepflogenen Verhandlungen sind nun zum Abschluß gekommen. Das Hauptergebnis besteht darin, daß das Abkommen an Stelle der bisher gebundenen Wirtschaft der Behörden die freie Wirtschaft der Interessenten vorsieht, und daß die Preise an die Weltmarktpreise angepaßt werden sollen.

Ueber die Konferenz von Boulogne zeigt sich die französische Presse sehr befriedigt; dagegen gibt der größte Teil der englischen Presse zu, daß Lloyd George eine Niederlage erlitten habe. Wenn man aber hinter die Kulissen des diplomatischen Spiels Englands schaut, so wird man finden, daß es den Engländern gerade recht ist, wenn die Franzosen ihre Droh- und Erpressungspolitik gegenüber Deutschland fortsetzen, sie können sich dann immer moralisch entziehen, und schließlich gegen ein hübsches Handgeld — nachgeben.

## Nach Boulogne.

Englische Stimmen über das Fiasko Lloyd George's in Boulogne.

London, 27. Febr. „Daily Herald“ veröffentlicht unter der Überschrift: „Poincaré triumphiert in Boulogne — Lloyd George gibt auf der ganzen Linie nach“ Ausführungen seines Pariser Berichters, in denen es heißt, die Beteiligung Lloyd Georges an der Boulogner Unterredung habe in nichts anderem bestanden, als in einer erstaunlichen Reihe von Zugeständnissen, Kompromissen und Nachgiebigkeiten. Es sei kein Wunder, daß die französische Presse befriedigt sei und kein Wunder, daß Poincaré erklärt habe, er sei vollkommen zufrieden. — In einem Leitartikel schreibt „Daily Herald“, Poincaré habe alles erreicht, was er gewünscht habe. Er habe den Mißerfolg der Konferenz von Genua gesichert. Lloyd George habe alles weggegeben, ohne es selbst zu merken. — Die „Times“ schreiben, der Ton der französischen Presse zeige, wie sehr die Unterredung in Boulogne dazu beigetragen habe, die Ungewissheit und den Verdacht, die seit Cannes über den französisch-englischen Beziehungen schwebten, zu beseitigen. — „Daily Chronicle“ sagt, je früher England anerkannt werde, um so besser sei es für die augenblicklichen und zukünftigen Fragen. — „Morning Post“ führt aus: Die Mitteilung, daß sowohl Großbritannien als auch Frankreich entschlossen sind, Schritte zu tun, um jede Einmischung der Genuefer Konferenz in die Friedensverträge und in die Reparationsfrage zu verhindern, wird hoffentlich die Hitzköpfe in Berlin und München abkühlen. — „Westminster Gazette“ schreibt, man habe keinen besonderen Grund, anzunehmen, daß bei dieser Gelegenheit der offizielle Bericht mehr enthalte als bei früheren Gelegenheiten. Zweifellos sei eine Art von *Lauschhandel* zustande gekommen und im Laufe der nächsten Tage werde man vielleicht etwas mehr über die Natur dieses Lauschhandels erfahren können. Es sei jedoch zu viel verlangt, dem Publikum zugumuten, es solle glauben, daß eine völlige Uebereinstimmung bezüglich irgend eines der Hauptprobleme, die zwischen England und Frankreich schwebten, erzielt worden sei. Was Lloyd George für die Zustimmung Poincaré's, daß Frankreich die Konferenz von Genua nicht zum Scheitern bringen werde, bezahlt habe, könne man nur vermuten. Die ganze Welt wisse, daß Poincaré sehr entscheidende Ansichten über die Bedingungen des französisch-englischen Paktes habe. Diese Ansichten aber seien unter Umständen vereinbar mit den Wünschen Englands und des Völkerverbundes.

## Der französische Ausbeutungsplan gegenüber Rußland.

London, 27. Febr. „Daily Sketch“ meldet: Die französischen Sachverständigen kommen nach London mit einem umfassenden Plan für die Neuschaffung der internationalen Handelsbeziehung mit Sowjetrußland. Dieser Plan gründet sich auf die Anwendung des Grundsatzes der Freihäfen. Die Franzosen haben diesen Grundsatz ausgedehnt und sprechen von ganzen Freizonen.

## Die „geheimen“ Verträge, die Frankreich nicht angetastet wissen will.

London, 27. Febr. Die „Times“ melden aus Boulogne: Der Absatz in dem amtlichen Communiqué, das sich auf die Vorgänge, die in Frankreich seit dem Frieden unterzeichnet wurden, bezieht, betreffe die Verträge von Versailles, St. Germain und Trianon. Der Vertrag von Sevres, der noch nicht ratifiziert worden sei, werde nicht berührt, ebensowenig der Vertrag von Brest-Litowsk und die Verträge zwischen Rußland und den Baltischen Staaten.

Einberufung der Ententevorkonferenz nach Paris. Paris, 27. Febr. Savas teilt mit: Im Anschluß an den Schriftwechsel zwischen dem englischen Schatzkanzler Sir Ro-

bert Horne und dem französischen Finanzminister de Lasteyrie ist die Konferenz der französischen, englischen, italienischen und belgischen Minister in Paris auf den 8. März einberufen worden. Sie wird sich namentlich mit der Verteilung der deutschen Zahlungen und mit den Belastungskosten beschäftigen.

## Abschluß der Berliner Verhandlungen über das Sachlieferungsabkommen.

Berlin, 27. Febr. Die Verhandlungen, die in den letzten zwei Wochen zwischen Vertretern der deutschen Regierung und Vertretern der Reparationskommission über die Durchführung der Sachlieferungen geführt worden sind, haben heute zu einem vorläufigen Abschluß geführt. Es ist ein Abkommen paraphiert worden, das der deutschen Regierung und der Reparationskommission zur Genehmigung vorgelegt werden wird.

Berlin, 28. Febr. Ueber den Inhalt des gestern in Berlin paraphierten Sachlieferungsabkommens teilen die Blätter mit, daß das Abkommen an Stelle der bisher gebundenen Wirtschaft durch die Staatsbehörden die freie Wirtschaft der Interessenten einführt. Das bisherige behördliche Verfahren war sehr umständlich. Von den Anforderungen hat bisher nur rund ein Zehntel bis zu Aufträgen geführt. In Zukunft werden die französischen oder sonstigen Beschädigten direkt bei den deutschen Lieferanten bestellen und nur die Zahlung wird durch die Regierung ausgeführt. Bei diesem neuen System werden die deutschen Lieferanten in der Regel Weltmarktpreise erzielen können. Die deutsche Regierung wird die Lieferanten in entsprechender Höhe in Papiermark bezahlt. Eine besondere Schwierigkeit bot die Frage der ausländischen Rohstoffe. Es wäre für Deutschland kaum erträglich gewesen, die Bezahlung der Reparationsleistungen auf sich zu nehmen, die einen hohen Gehalt an ausländischen Rohstoffen haben. Es ist jetzt eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach Sachleistungen, die zu über 25 Prozent aus ausländischen Rohstoffen bestehen, voll bezahlt werden. Um die Einmischung von Schieberfirmen möglichst zu verhindern, ist bestimmt worden, daß von deutscher Seite nur anerkannte Handelsfirmen oder die Hersteller selbst als Lieferanten zugelassen werden. Die geplante große Organisation der Lieferungsverhandlungen und des Leistungsverbands wird nunmehr nicht zur Durchführung gelangen. Der große Apparat des Wiederaufbauministeriums, des Reichskommissariats und der Landesauftragsstellen kann in großem Umfang abgebaut werden. Die Aufträge der Siegerstaaten werden aller Voraussicht nach hauptsächlich solche Gegenstände betreffen, die keine Konkurrenz für die eigene Industrie darstellen oder durch deren Ausfuhr Deutschland der Industrie der Siegerstaaten eine besondere Konkurrenz gemacht hat. Für die Groß-Eisenindustrie ist deshalb vereinbart worden, daß die Lieferungen an Eisen und Stahl zu vorläufig 35 Prozent bar vergütet werden. Man erwartet, daß die Aufträge sich besonders auf die Einrichtung großer Elektrizitätswerke, Eisenbahnmateriale, Elektrifizierung der Eisenbahnen, Bau von Kanälen und Telephonanlagen und dergl. erstrecken werden. Eine Mindestgrenze für die Größe der Aufträge ist festgesetzt, und zwar 50 000 Goldmark. Dagegen besteht eine Höchstgrenze für die Aufträge nicht.

Berlin, 28. Febr. Die Vertreter der Reparationskommission, die seit 14 Tagen unter Führung des Belgiers Bismans über das neue Sachlieferungsabkommen verhandelt haben, haben gestern Berlin verlassen und sich nach Paris begeben, um dort im Schoße der Reparationskommission den endgültigen Abschluß des Abkommens vorzubereiten.

## Die sozialistische Fünf-Länder-Konferenz in Frankfurt a. M.

Das alte Bild der Uebertölpelung der Deutschen.

Frankfurt, 28. Febr. In der gestrigen Sitzung der Fünf-Länder-Konferenz wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt: Am Vorabend der Konferenz von Genua konstatierten die Delegierten der sozialistischen und Arbeiterparteien Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens den offensichtlichen Bankrott der Politik des Zwanges und der Gewalt. Die Frage der Leistungsfähigkeit Deutschlands steht in einem unlöslichen Zusammenhang mit der gesamten Weltwirtschaft, insbesondere mit dem Wiederaufbau Rußlands. Ihre Erörterung in Genua ist daher unerlässlich. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, haben die Delegierten folgende Beschlüsse gefaßt: Die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete, insbesondere in Belgien und Frankreich muß von Deutschland in vollem Umfang entsprechend seiner Leistungsfähigkeit übernommen werden. (1) Die sozialistischen und die gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands haben auf den Konferenzen von Amsterdam am 1. April

1921 erneut die Notwendigkeit dieser Wiederherstellung verkündet und sich verpflichtet, mit allen ihren Kräften und mit allen Mitteln daran mitzuwirken. (1) Die Tatsache hat jedoch schon die Unhaltbarkeit des im Friedensvertrag von Versailles für die Durchführung des Wiederaufbaues vorgesehenen Systems erwiesen. Das Problem stellt sich folgendermaßen dar: Einerseits gilt es, Frankreich und Belgien von den Lasten zu befreien, die gegenwärtig auf ihnen liegen. Andererseits soll es Deutschland ermöglicht werden, die Reparation durchzuführen, ohne es zu Maßnahmen zu zwingen, die zur Verelendung des deutschen Proletariats führen, Deutschlands Währung zu erschüttern und die Ausfuhrprämien noch steigern, die zum größten Teil auf Kosten der Arbeiterlöhne erhoben werden. Die Lösung dieses Problems ist nur möglich durch Maßnahmen von internationalem Charakter, die in ihren Einzelheiten bereits von den sozialistischen Konferenzen von Amsterdam vorgesehen sind. Sie verfolgen den doppelten Zweck: die zerstörten Gebiete schnell wiederherzustellen, ohne Belgien und Frankreich unter der Last der unvermeidlichen Mehrausgaben zu erschüttern und die finanzielle Gelundung Deutschlands zu erleichtern, indem ihm der notwendige Zahlungsausschub gewährt wird. Unter diesen Maßnahmen sind u. a. hervorzuheben: Schaffung eines internationalen Wiederaufbau-Instituts durch alle daran interessierten Staaten, um die Rohstoffe und die Arbeitskräfte den Bedürfnissen des Wiederaufbaus dienlich zu machen. Annullierung und internationale Uebernahme derjenigen Lasten, die Deutschland in Bezug auf die Kriegspensionen aufgebürdet wurden im Widerspruch zu Wilsons 14 Punkten, die seinerzeit als Grundlage des Völkerverbundes angenommen wurden, Streichung der internationalen Schulden, die durch den Krieg entstanden sind, Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts für alle Streitigkeiten, die sich aus der Ausführung des Wiederaufbauplans ergeben sollten. — In Erwartung der allgemeinen Konferenz, deren baldiger Zusammentritt die sozialistischen und die Arbeiterparteien erhoffen und begrüßen, sind die sozialistischen Parteien entschlossen, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um der Politik des Zwanges und der Gewalt eine Politik der gegenseitigen Hilfe und Völkerverbrüderung entgegenzustellen.

Die Konferenz hat außer dieser Resolution auch noch eine Entschlieung in der Entwaffnungsfrage angenommen, in der sie sich vollkommen mit den Beschlüssen des internationalen Kongresses der Metallarbeiter-, Bergarbeiter- und Transportarbeiterverbände, sowie der Gewerkschaftsinternationale einverstanden erklärt, die sich bereit erklärt haben, jeden neuen Krieg mit dem Generalfreistreich zu beantworten. Das Problem der von der Arbeiterklasse aller Länder stets geforderten allgemeinen Abrüstung sei auf einer allgemeinen Konferenz aller sozialistischen Parteien der Welt zu erörtern. Die sozialistischen Arbeiterparteien Englands, Belgiens, Frankreichs und Italiens würden im übrigen in den Parlamenten ihrer Länder Nützlichkeitsbeschränkungen fordern und die Arbeiter weiter auffordern, die sozialistischen Parteien in ihrem Kampf gegen die Nützlichkeitsbeschränkungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Die sozialistischen Parteien dieser Länder würden ferner die Aufhebung der militärischen Okkupation verlangen, die der Wiederherstellung eines wirklichen Friedens entgegenstehe. Andererseits werde die deutsche Arbeiterklasse ihre Aktion fortsetzen zu Gunsten einer wachsenden, durch die Berufsorganisationen der Arbeiterklasse auszuübenden Kontrolle der Abrüstungen, sowohl was die bewaffneten Kräfte als die Herstellung und Sammlung von Waffenmaterial betrifft. Die deutsche Arbeiterklasse wird sich jeder offenen oder versteckten Wiederherstellung des Militarismus widersetzen. Die Resolution schließt mit dem Hinweis darauf, daß die internationale Verständigung in dauerhafter Weise nur verwirklicht werden könne durch eine solidarische Aktion der Arbeiter aller Länder. — Die Tagung der Konferenz hat mit der gestrigen Sitzung ihr Ende erreicht. — Man muß beachten, daß die Sozialisten der Ententestaaten in ihren Ländern in außenpolitischer Beziehung so gut wie gar keinen Einfluß haben, daß also lediglich die deutschen Sozialisten sich für die Notwendigkeit (1) der deutschen Reparationen einsetzen, während die andern Redensarten machen.

## Ausland.

### Die fortgesetzte französische Haß- und Erpressungspolitik.

Paris, 27. Febr. Der dem national Bloc angehörende Abgeordnete Bonnet, der mehrfach den Ministerpräsidenten in der Kriegsbeschuldigtenfrage interpelliert hat, schreibt im „Radical“: Seitdem der vom Obersten Rat eingeleitete Ausschuss zur Begutachtung der Leipziger Urteile seine bekannten beiden Resolutionen gefaßt hat, hat Poincaré gehandelt. Er hat den verbündeten Regierungen seine Absichten bekannt gegeben. Er sei jetzt damit beschäftigt, die Akten der von französischen Militärgerichten abzuurteilenden Angeklagten zu vervollständigen. Diese Vorberbeitung sei peinlich genau und werde eine gewisse Zeit erfordern. Deutschland werde aufgefordert werden, die Be-

11 Uhr mittags

1922.

Anzeige.

e.

en, Fre n

Schwägerin

we

schlossen ist.

ed.

nachmittag

st.

bruar 1922

herzlicher

rend der

iner lieben

er

n, die ihr

Liebe er

tröstenden

stimmung

Freunden,

die schönen

welungen,

llen die ihr

te gegeben,

k.

enen:

ner.

ert

acherin

welche auf Dauer

Magold

isches

Mehl

sen bei

agold,

tbahnhof.

- und

alw.

ittagstisch!

Schuldigen auszuliefern. Wenn es nicht Folge leiste, so würden die im Versailler Vertrag vorgesehenen Sanktionen (gemeint ist die verlängerte Besetzung der Rheinlande) angewandt werden.

### Die indische Bewegung.

London, 27. Febr. Aus Delhi wird vom 26. Februar gemeldet: Der leitende Ausschuss des Altindischen Kongresses hat den seinerzeit gefassten Beschluss, die Aufforderung zur allgemeinen Gehorsamsverweigerung gegenüber den britischen Behörden zurückzunehmen, bestätigt. In besonderen Fällen wird indessen zur Gehorsamsverweigerung ermächtigt und erklärt, die Gehorsamsverweigerung sei ein Recht und eine Pflicht der Völker in jedem Falle, wo der Staat sich ihrem Wirken widersetze.

### Ein deutscher Dampfer gesunken.

Kopenhagen, 27. Febr. Der Dampfer „Rothen urg“ der deutschen Orient-Linie in Hamburg ist heute im Kattegat südlich von Samö gesunken. Die Besatzung hat sich in Schiffsbooten gerettet.

### Festlicher Empfang eines deutschen Dampfers in Amerika.

Newyork, 27. Febr. (Zuntzpr.) Aus Anlaß der Ankunft des Norddeutschen Lloyd-Dampfers „Sendtsh“ trug der Anlegeplatz von Hoboken festliches Gepräge. Ein Schlepper, auf dem sich das Empfangskomitee und mehrere hundert Personen, die zur Begrüßung des Dampfers hinausgefahren waren, befanden, geleitete den „Sendtsh“ durch den Hafen. Die Musik spielte amerikanische und deutsche Weisen.

### Die amerikanischen Gewerkschaften gegen das Alkoholverbot.

Washington, 27. Febr. Der Vollzugsausschuss der amerikanischen Gewerkschaften hat die Gewerkschaftsmitglieder in einem Aufruf aufgefordert, sich dem Vorgehen der Gewerkschaften gegen das zur Zeit geltende Prohibitionsgesetz und für die Freinabe von leichtem Bier und Weinen anzuschließen. Das Prohibitionsgesetz, so heißt es in dem Aufruf, sei ein sozialer und moralischer Fehlschlag. Es werde mißachtet und hinterzogen.

## Deutschland.

### Eröffnung der Goetheausstellung in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 27. Febr. Die Frankfurter Goethe-Woche wurde vormittags mit einem Festakt im Festsaal des Völkermuseums in Gegenwart des Reichspräsidenten Ebert und der Minister Dr. Köster, Dr. Voelky und von anderen Ministern feierlich eröffnet. Der Vorsitzende der Gesellschaft der Freunde des Frankfurter Goethe-Museums, Justizrat Burgbold, begrüßte die Erschienenen mit einer Ansprache. Hierauf ergriff der Kultusminister, Dr. Voelky, das Wort. Ausgehend von dem Gedanken, daß das Goethe-Haus ein Nationalheiligtum werden möge, jagte er: Wir sind Armer geworden an solchen Heiligtümern und Symbolen und manches Denkmal geschichtlicher Erinnerung spricht nicht mehr zu uns. Hier aber sagt das ganze Volk: Er ist unser. Der Minister würdigt dann Goethe als Erzieher. Die geistige Einheit in Goethe werde unserem Leben den Sinn geben, den Goethe das Letzte nennt, wozu die Menschheit gelangen könne: die Ehrfurcht; Ehrfurcht vor sich selbst, vor dem was über uns, was uns gleich und was unter uns sei. Das sei ein Erziehungsproblem von wunderbarer Tiefe. Das Letzte und Größte sei aber die Hoffnung, hoffen in hoffnungsarmer und hoffnungsloser Zeit. Hoffen wir, daß auch unserem Volk einmal die große Freude zuteil werde, das Faust'sche seelische Erlebnis: Auf freiem Grund ein freies Volk! Das sei der tiefste Sinn der Goethe-Woche, daß sich alle zusammenschließen zu einer großen Goethe-Gemeinde, daß die Ältern, die müde geworden seien, mit neuer Kraft erfüllt werden, damit sie der Jugend ein Blinkfeuer errichten, das ihren Weg das Ziel weist. Handeln wir nach dem Worte Goethes: „So wende nach außen, so wende nach innen jeder die Kräfte!“ Dann sei es ein Fest, Deutscher mit Deutschen zu sein. — Der Präsident der Weimarer Goethegesellschaft, Buerklin, sprach das Gebotnis aus, daß die Goethestadt Weimar immer mit der Goethestadt Frankfurt zusammen gehen werde, um die geweihten Stätten den Eineln zu erhalten.

### Zur Frage der Wahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 27. Febr. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, hat der Reichskanzler den Parteiführern mitgeteilt, er werde in kürzester Frist mit ihnen wegen der Wahl des Reichspräsidenten Fühlung nehmen. In der Kandidatenfrage sei bisher von einer Einigung der bürgerlichen Parteien auf eine einzelne Persönlichkeit noch nicht die Rede. Unzutreffend sei, daß Herr von Kahr als Kandidat der Deutschnationalen angesprochen werden könne. Die Deutschnationale Volkspartei sei bisher noch nicht in der Lage gewesen, einen Kandidaten zu präsentieren, der sämtlichen bürgerlichen Parteien genehm wäre, worauf namentlich die Rechtsparteien großen Wert zu legen schienen. In Zentrumstreifen verlautete, daß das Zentrum den früheren Reichskanzler Fehrenbach präsentieren werde. Kandidat der Demokraten, Scheine der Württemberg, Staatspräsident Dr. von Sieber zu sein.

### Beginn der Verhandlungen über Groß-Hamburg.

Berlin, 27. Febr. Heute nachmittags um 5 Uhr begannen im Sitzungssaal des preussischen Staatsministeriums die Verhandlungen über Groß-Hamburg.

### Die Steuer ragen.

Berlin, 28. Febr. Nach einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hat Reichsfinanzminister Dr. Herms am Sonnabend einige Vertreter der Deutschen Volkspartei empfangen und ihnen mitgeteilt, daß zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten nunmehr eine Einigung über das Mantelgesetz erzielt worden sei. Am Mantelgesetz sei nichts geändert worden. Anderstlautende Nachrichten, die in den letzten Tagen darüber in der Presse auftauchten, seien unzutreffend.

### Die Zwangsanleihe.

Berlin, 27. Febr. Die Beratungen über die Schaffung von Unterlagen zur Ausgabe einer Zwangsanleihe, die im Reichsfinanzministerium in den letzten Wochen stattgefunden haben, sind jetzt so weit vorgeschritten, daß Sachver-

ständige aus Bankkreisen, Industrie, Landwirtschaft, Handel und Arbeiterschaft gehört werden können. Zum Teil ist das schon geschehen. Binnen kurzem werden die Verhandlungen der Sachverständigen fortgeführt und zum Abschluß gebracht werden. Ueber den bisher vorliegenden Plan muß aus naheliegenden Gründen Stillschweigen bewahrt werden, doch steht soviel fest, daß die Zwangsanleihe ein Opfer des Befehls sein wird.

### Hochverratsverfahren gegen den Führer der bayerischen Einwohnerwehr.

Berlin, 27. Febr. Nach einer Meldung des „Lokalanzeigers“ aus München, ist gegen den Führer der bayerischen Einwohnerwehr, Sanitätsrat Dr. Pittinger, auf Grund des von dem Redakteur Abel der Münchener Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellten Materials ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachtes des Hochverrats eingeleitet worden.

München, 27. Febr. Gestern erfolgten weitere Vernehmungen in der Hochverratsache Dr. Pittinger, darunter eine solche des deutschnationalen Redakteurs Abel, der durch seine in der Presse veröffentlichten Beschuldigungen des bayerischen Einwohnerführers Dr. Pittinger den Anstoß zu der Untersuchung gegeben hat. Die Untersuchung erstreckt sich auf die Feststellung, wieweit die politischen Morde und Anschläge des Vorjahres auf die von Dr. Pittinger geleitete Geheimorganisation zurückzuführen sind und ob der anlässlich der Feisefestung König Ludwigs geplante Monarchistenputsch mit der politischen Arbeitsgemeinschaft Dr. Pittinger zusammenhängt.

### Auf der Suche nach Volbt und Dittmar.

Berlin, 28. Febr. Nach der „B. Z.“ am Mittag wird die Meldung, daß die aus der Haft entlassenen Marineoffiziere Volbt und Dittmar, die vom Leipziger Reichsgericht wegen Kriegsvergehen verurteilt worden waren, mit einem im Swinemünder Hafen liegenden Dampfer nach Schweden entkommen seien, von den zuständigen Stellen als unwahr bezeichnet.

### Ablehnung des Beamtenstreiks.

Berlin, 28. Febr. Laut „Lokalanzeiger“ lehnte eine Vertreterversammlung von 15 Verbänden von Berufsbeamten einstimmig den Streik für das Berufsbeamtenamt ab und forderte anstelle des Beamtenrätegesetzes die umgehende Schaffung einer Beamtenkammer mit öffentlich-rechtlichem Charakter. Weiter wurde eine Arbeitsgemeinschaft der vertretenden Verbände gebildet. Um die Streitgegenstände Eisenbahner zusammenzufassen zu können, soll die sofortige Gründung einer wirtschaftsfriedlichen Eisenbahnbeamtenorganisation in Angriff genommen werden.

### Metallarbeiterstreik in München.

Berlin, 27. Febr. Nach einer Meldung des „Lokalanzeigers“ aus München hat sich der dortige Metallarbeiterstreik weiterhin auf die Firmen Neumayer (vormals Krupp), die Süddeutschen Waggonfabriken und die Süddeutschen Motorenwerke ausgebreitet. Es streiken jetzt über 8000 Arbeiter.

### Der Fall Käthe.

Berlin, 27. Febr. Wie die Blätter mitteilen, hat die Voruntersuchung gegen den Mittergutsbesitzer von Käthe das vorläufige Ergebnis gehabt, daß ein hinreichender Tatverdacht gegen ihn nicht vorliegt. Bei der Niederschreibung des Arbeiters Nietert liege also nach dem bisherigen Untersuchungsergebnis ein Akt der Notwehr vor. Aus Grund dieses Verhaltens hat auch der Untersuchungsrichter die Vollstreckung eines Haftbefehls gegen Hauptmann von Käthe abgelehnt.

### Eine neue Berliner Sensation?

Die Berliner Presse weiß davon zu berichten, daß angeblich geplant sein soll, in Berlin Stiergefechte nach spanischem Muster abzuhalten. Es soll dafür das Stadion in Aussicht genommen sein, das bisher der Schaulust ehrenvoller Wettkämpfe war. Es wäre ein weiterer Beweis für die fortschreitende Entartung unseres öffentlichen Lebens, wenn tatsächlich der spanische Stierkampf mit all seinen Grausamkeiten in Berlin aufleben und als Anreiz auf blutdürstige Instinkte wirken sollte. In der Zeit vor dem Krieg hätte niemand an ein solches Unternehmen gedacht. Das Berliner Polizeipräsidium erklärt, daß es dem Unternehmen die Konzession verweigern werde.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. Februar 1922.

### Die Notwendigkeit der Brotpreisreduzierung.

R.H. Das Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide, das am 21. Juni 1921 in Kraft getreten ist, stellt die Getreidewirtschaft auf eine neue Grundlage. Bisher mußte das gesamte Getreide seitens der Produzenten an die Reichsgetreidestelle abgeliefert werden. Diese zwangsläufige Regelung griff in die Wirtschaftsfreiheit der Landwirtschaft stark ein und hatte einen unzureichenden Getreideanbau zur Folge. Um der Landwirtschaft die notwendige wirtschaftliche Beweglichkeit zu geben und damit die Getreideerzeugung zu vermehren, wurde in dem neuen Gesetz vom 21. Juni 1921 die Landwirtschaft verpflichtet, nur einen Teil ihres Brotgetreides, die sog. Umlage, dem Reich gegen einen festgesetzten Preis, der unter dem Weltmarktpreis lag, zur Verfügung zu stellen. Alles andere Getreide konnte in den freien Verkehr gebracht werden, und sein Preis richtete sich nach dem Gesetze des freien Marktes. An Umlagegetreide sollten insgesamt 2½ Millionen abgeliefert werden. Diese Menge aber genügt keineswegs, um das deutsche Volk mit Marktbrot, das zu angemessenen Preisen verkauft werden mußte, zu versorgen. Hierzu bedurfte es einer Gesamtmenge von 4½ Millionen Tonnen; mithin mußten 2 Millionen Tonnen durch die Reichsgetreidestelle im freien Handel im In- und Ausland aufgekauft werden. Um die Bevölkerung mit rationiertem Brot zu relativ billigen Preisen versorgen zu können, mußte ein Zuschuß aus Reichsmitteln gegeben werden. Für diesen Zweck waren im laufenden Etatsjahr, d. h. bis zum 31. März 1922, insgesamt 27 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. Die beträchtliche Summe für die Restzeit des laufenden Wirtschaftsjahres, das am 15. August 1922 endet, mußte in den neuen Reichshausplan eingestellt werden. Die enorme Entwertung unseres Geldes hat für das Inlandsgetreide des freien Verkehrs und ganz besonders für das Auslands-

getreide Kaufpreise gezeitigt, die, falls die Reichsregierung auch künftighin an jetzt geltenden Brotpreisen festhalten sollte, eine ungeheure Belastung unserer Reichsfinanzen darstellen würden. Nach zuverlässigen Berechnungen müßten beim heutigen Stande der Valuta für die Zeit vom 1. 4 bis 15. 8. rund 13,15 Milliarden Mark zur Verbilligung bewilligt werden. Dieser Zuschuß aber scheitert einmal an der gewaltigen Höhe der Summe und — was ganz besonders unstrittig werden muß — an dem Diktat der Entente, die einen Abbau der Verbilligungsaktion gebietet.

Das Reichskabinett hat sich daher notgedrungen mit einer Änderung der gegenwärtigen Regelung des Verkehrs mit Getreide befaßt und hat gemäß der Zwangslage, in der wir uns befinden, beschlossen, die Abgabepreise der Reichsgetreidestelle zu erhöhen. Die Folge dieser Maßnahme ist, daß seit 16. Februar der Brotpreis eine Steigerung um rund dreiviertel des gegenwärtigen Preises erfahren hat. Selbst bei diesem neuen Brotpreis wird für die kommenden Monate des laufenden Wirtschaftsjahres eine Verbilligungssumme von 6—7 Milliarden Mark seitens des Reichs hergegeben werden müssen.

Es zeugt von der Einsicht weitestgehender Volkstreue in wirtschaftliche Zusammenhänge und Notwendigkeiten, daß die Neuregelung trotz der bedauerlichen Belastung großer Bevölkerungsteile bei allen Parteien verständnisvolle Würdigung findet; einmal, weil außerpolitischer Zwang die neue Situation herbeigeführt hat, und, sodann, weil die Erhöhung des Brotpreises keineswegs der Landwirtschaft zuteil kommt. An den Preisen, die dem Landwirt für das Umlagegetreide gezahlt werden, ist durch den Kabinettsbeschluss nichts geändert worden. Doch die Verteuerung des Brotes für weiteste Kreise eine Erschwerung der Lebenshaltung mit sich bringt, liegt auf der Hand. Trotzdem war sie, aus der erwähnten Zwangslage heraus, nicht zu vermeiden.

Zum Schluß sei noch mit allem Nachdruck betont, daß die Erhöhung des Brotpreises keine Neubelastung der deutschen Volkswirtschaft darstellt. Es handelt sich lediglich um einen Vorgang, durch den der Reichsfiskus um die nämliche Summe entlastet wird, die nunmehr von den Konsumenten direkt bezahlt werden muß, während sie vormals in Form von Steuern dem Staate erstattet werden mußte.

### Krankheitsstatistik.

In der 6. Jahreswoche vom 5.—11. Februar wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten gemeldet: Diphtherie 34 (tödlich 2), Genickstarre 1 (0), Kindbettfieber 10 (1), Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose 8 (3), Scharlach 35 (0), Fleischvergiftung 1 (0).

### Eingabe der württ. Bauvereine

#### wegen der Baubarlehen.

Der Verband württ. Bauvereine hat an die Regierung und den Landtag eine Eingabe wegen der Baubarlehen gerichtet. Es wird darin dargelegt, daß der vom Ministerium in Aussicht genommene Satz, der das 2-fache der bisherigen Sätze für Baubarlehen vorsieht, entfernt nicht ausreicht. Eine Kleinwohnung koste heute um 28 000 M. höher als im letzten Sommer und die Herstellung einer Dreizimmerwohnung mit Küche, die im vergangenen Sommer 60 000 Mark kostete, erfordere heute 180 000 M. Die Aufhebung der staatlichen Rundholzbefreiung für den gemeinnützigen Wohnungsbau sei von katastrophaler Wirkung. Es sei dringend zu fordern, auch für die diesjährige Bauperiode Baubolz zu einem billigen, auf längere Zeit gültigen Preis, zum mindesten für die Bauvereine, rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Ferner wird in der Eingabe bemerkt, daß der Beleihungswert zu den heutigen hohen Baustoffen in gar keinem Verhältnis mehr stehe, weshalb Richtlinien für die Schätzungsbeschränkung und die öffentlichen Sparkassen gefordert werden. Bei Wohnungsbaubauten soll mindestens das 6-fache der Friedensbaustoffen festgesetzt und die Beleihung durch die öffentlichen Sparkassen bis zu 75 Prozent dieses Schätzungswertes gestattet werden. Zum Schluß wird gewünscht, die Wohnungskreditanstalt als Landesanstalt so bald wie möglich ins Leben zu rufen.

### Biehverkehr.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Gültigkeit der Viehhandels- u. Wehrgeraufkaufsscheine für 1922, die mit Rücksicht auf die bevorstehende Aenderung der reichsrechtlichen Viehhandelsvorschriften zunächst bis 28. Februar ds. Js. erstreckt worden ist, wird durch eine Verfügung des Landesamts für Viehverkehr in dem Wirtschaftsgebiet Württemberg-Hohenzollern bis 31. März 1922 verlängert.

### Der Sport vom Sonntag.

Der vergangene Sonntag, der in der Natur den Beweis erbrachte, daß mit dem eigentlichen Winter gebrochen ist und der Frühling vor der Tür steht, brachte im Fußballsport das Spiel um die württembergisch-badische Bezirksmeisterschaft, wobei Stuttgart Sp.Zr. gegen den Karlsru. F.V. mit 1 : 1 abschritten, während sie am Sonntag zuvor mit 1 : 0 siegten. Der Wettkampf mit seinem unentschiedenen Ergebnis fand vor 10 000 Menschen auf der Höhe bei Degerloch statt. Die Karlsruher Sportler zogen mit der Meistererschaft von Württemberg-Baden nach Hause denn das unentschieden bedeutete für sie einen Sieg. — Von weiteren Spielen des Sonntags sind zu nennen: Normannia-Gmünd gegen Pfalz-Ludwigschafen 5 : 1, T.B.-Ulm gegen W.F.L.-Stuttgart 5 : 1, Sp.V.-Göppingen gegen Sp.Vgg.-Tübingen 1 : 4, T.B.-Cannstatt gegen M.T.B.-Stuttgart 1 : 0, Vf.B.-Kirchheim gegen Stuttgarter Schulkmannschaft 4 : 0, T.B.-Heilbronn gegen F.V.-Adler-Heilbronn 0 : 0. Das Fußballstadtspiel Berlin gegen München endete mit 2 : 1, das Länderspiel Süddeutschland gegen Niederösterreich mit 2 : 0. — Im Rugby-Sport fanden am Sonntag Liga-Verbandsspiele in Stuttgart statt, die kein Ergebnis brachten.

### Wetterbericht für Mittwoch und Donnerstag.

Bestliche Luftströmungen, die nach Südwesten einströmen, bestimmen die Gestaltung des Wetters. Am Mittwoch und Donnerstag ist zeitweilig heiteres und mildes, dann wieder bedecktes Wetter, aber wenig Niederschlag zu erwarten.

\*

## Verammlung der deutschen Volkspartei.

Am Samstag abend fand im „Waldhorn“ eine Verammlung der Deutschen Volkspartei statt. Der Vorstand der Partei, Gewerbeschulrat Albiner, sprach freundliche Begrüßungsworte und wies darauf hin, daß an diesem Tage in früheren Jahren das Geburtsfest unseres Königs gefeiert worden sei. Die Deutsche Volkspartei habe sich jederzeit an dieser Feier beteiligt nicht aus Macht der Gewohnheit, sondern aus tiefstem Herzensbedürfnis. König Wilhelm II. sei ein echter Landesvater gewesen; sein Leben biete ein nachahmungswürdiges Vorbild und seiner werde das Völk. Volk in allen Ehren gedenken. Hierauf hielt der Redner des Abends, Landtagsabgeordneter Oberstudient Dr. Egelhaaf einen Vortrag über „Die politische Lage und die Ziele der deutschen Volkspartei“. Der Redner erklärte, daß er offen und ehrlich seine Meinung sagen, sich aber jeder Polemik gegen andere Parteien, soweit es nicht absolut nötig sei, enthalten werde. Er wende sich zuerst der äußeren Lage Deutschlands zu. Tatsache sei es, daß der Friede von Versailles auf einem schändlichen Wortbruch beruhe, Deutschland habe seinerzeit nicht bedingungslos sich unterworfen, Prinz Max von Baden habe nur auf Grund der bekannten 14 Wilsonschen Punkte den Waffenstillstand angenommen. Es war schon ein herber Entschluß, Elsaß-Lothringen preiszugeben. Im Jahre 1871 sei nur das Unrecht wieder gemacht worden, das Sudowig XIV. an Deutschland begangen habe und nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges sei sogar von England zugegeben worden, daß Deutschland mit vollem Recht das alte deutsche Elsaß wieder zurückverlange. Es wäre nicht leicht möglich gewesen, Polen einen Zugang zum Meere zu schaffen, ohne Abtrennung deutschen Gebietes. Frankreich habe sich aber über alles Recht hinweggesetzt und dabei noch die Frechheit gehabt, höhnisch zu erklären, Wilsons Forderungen seien in allen Punkten erfüllt worden. An Deutschland sei der schamloseste Raub verübt worden: Nordschleswig sei uns ganz und Mittelschleswig teilweise genommen worden. Polen und Westpreußen mußten abgetreten werden, verloren gingen sämtliche Kolonien unter dem scheinheiligen Vorwand, Deutschland habe die Einwohner mißhandelt, obgleich die Regierung treuer und oft rührender Weise sich zu Deutschland bekannt hätten. Alle Reparationen in Frankreich und Belgien seien uns auferlegt worden, ebenso sämtliche Renten und Pensionen für Kriegsteilnehmer, ja sogar die Pensionen für Elsaß-Lothringen, obgleich diese jetzt zu Frankreich gehörten. An Geldleistungen sollen wir die ungeheure Summe von 132 Goldmilliarden aufbringen, während der Engländer Keynes festgestellt habe, daß Deutschland nur zur Bezahlung von 8-9 Milliarden Dollars fähig sei. Alle Lasten mußte Deutschland ohne Verhandlungen annehmen. Frankreich habe die Privatleute in den zerstörten Gebieten zur Angabe ihres erlittenen Schadens aufgefordert und es sei begreiflich, daß hiebei unsinnige Anträge eingekommen seien. Wie ganz anders habe Deutschland im Jahr 71 Frankreich behandelt. Bismarck habe sich mit Ehrensache an den gleichen Tisch gesetzt, seine Forderungen mit menschlicher Vornehmheit durchgesprochen und die Leiden des unterlegenen Landes in jeder Weise zu lindern gesucht. So seien damals die grausamen „Hummer“ verfahren. Das „ritterliche“ Frankreich habe unsere Unterhändler in einem mit Drahtzaun umgebenen Gasthof in Versailles eingesperrt, ihnen die Pistole auf die Brust gesetzt mit einem kalten Entwedder — Oder und Sie bei der Abreise durch den Böhmerwald mit Steinwürfen traktieren lassen. Jedermann in der Welt wisse, daß der Versailles Frieden nicht nur Deutschland sondern auch ganz Europa zugrunde richten müsse. Diese Erkenntnis sei in England und Italien in den leitenden und kommerziellen Kreisen durchgedrungen, auch in französischen Handelskreisen höre man die gleiche Ansicht, aber die militärischen Machthaber in Frankreich seien von reinster Gewalttätigkeit beherrscht. Unbegreiflich sei die Haltung Englands. Der jetzige Staatsmann Lloyd George setze in oberflächlichster Weise die Geschäfte von England. Bisher sei es englische Politik gewesen, keine Macht auf dem Festland zu stark werden zu lassen, Lloyd George suche zwar die Nachepolitik Frankreichs zu dämpfen, aber er falle stets bei den Verhandlungen um und Frankreich sei ungeheuer in jeder Frage. Der frühere Minister Grey, der große Schuld am Ausbruch des Krieges trage, habe zum deutschen Gesandten gesagt: Wenn Deutschland besiegt werde, werde England auf milde Friedensbedingungen hinarbeiten, England unterliege aber immer den grausamen Forderungen von Frankreich. Hätte man Deutschland ein Heer von 4-500 000 Mann gelassen, dann hätten wir den Unterdrückungen Widerstand leisten können, heute sind wir vollkommen wehrlos. Frankreich dagegen mit seinen Verbündeten, Polen und der kleinen Entente starrten in Waffen. Wir sind also in einer furchtbaren Lage und Frankreich wird sich nicht scheuen, eines Tages den Versailles Vertrag zu zerreißen und das linke Rheinufer in Besitz zu nehmen, wenn England sich nicht aufrafft und mit Deutschland gegen Frankreich Widerstand leistet. Es sei jetzt nicht angängig, von Revanche zu reden, aber alle anderen Völker Europas haben nicht zerubt, bis begangenes Unrecht wieder gut gemacht worden sei. Dazu gehöre aber glühende Vaterlandsliebe wie sie bei Italien und Jugoslawien an den Tag getreten sei. Deutschland müsse den geraubten deutschen Landen die Treue halten und sie eines Tages wieder zum Mutterland zurückführen, denn jedes Unrecht räche sich in der Welt. Wie verhalte sich nun aber unsere Regierung gegen diese fortwährenden Vergewaltigungen? Es sei zu versprechen, wenn die Regierung die Bedingungen zu erfüllen suche, aber nachdem die Feinde die Verträge nicht gehalten hätten, sollte Deutschland rundweg erklären: Wir können nicht mehr erfüllen; unsere Steuern und sonstige Lasten erdrücken uns. Lloyd George habe erklärt, in Beziehung auf Oberschlesien müsse mit Deutschland ein ehrliches Spiel getrieben werden, er habe aber wieder nachgegeben und uns Oberschlesien rauben lassen. An diesem Tage hätte der Reichskanzler Dr. Wirth zurücktreten sollen. Mit der Politik der Erfüllung werde nichts erreicht. Die Deutsche Volkspartei verlange daher andere Wege. Es sei kaum zu befürchten, daß Frankreich das Ruhrgebiet besetze, denn England dürfe dies nie zugeben ohne politischen und wirtschaftlichen Selbstmord zu begehen. Die Regierung soll vor dem ganzen Volk erklären: Unser Recht ist gebrochen worden, wir verlangen eine Revision des Versailles Vertrages und eine andere Behandlung. Das Ministerium Wirth habe Fiasko gemacht und könne nicht das Vertrauen der Deutschen Volkspartei genießen. Ein Reichskanzler dürfe nicht sagen,

er werde bei einem Kampf beim Proletariat stehen, er habe vielmehr da zu stehen, wo das Recht sei. Die Stellung des Reichskanzlers bei dem letzten Streik sei eigenartig und schwankend gewesen, die Staatsautorität müsse aber aufrecht erhalten bleiben. Ueber die innere Lage bemerkte der Redner, daß die Deutsche Volkspartei nicht zu denen gehöre, die bei der Revolution ihre Stellung geändert haben, sie anerkenne, daß wir der deutschen Monarchie sehr viel zu verdanken haben und wenn auch der Kaiser nicht von schwerer Verantwortung frei zu sprechen sei, so sei es der Partei ferne, im Unglück mit Steinen nach ihm zu werfen. Jetzt sei Deutschland den Tyrannen der Parlamentswirtschaft ausgeliefert und der Schutz der Minderheiten sei unsicher. Die Deutsche Volkspartei werde die Monarchie nicht mit Gewalt zu erzwingen suchen, sondern sie dem Volksschicksal überlassen. Sie verlange aber ehrliche Demokratie, d. h. Herrschaft des Volkes und nicht einzelner Klassen. Die Unabhängigen und Kommunisten fordern eine Räterepublik, bei deren Nennung wir ja aber übergenug haben, wenn man nur an Bayern denke. Eine einzige Schicht des Volkes, die Handarbeiter, wollen das Heft in der Hand halten, dagegen müsse die Deutsche Volkspartei entschieden auftreten, wie sie auch die Sozialisierung verwerfe. Die Grundlage der Privatwirtschaft dürfe nicht angetastet und die Tätigkeit des einzelnen Menschen müsse anerkannt werden. Die Sozialisierung wie auch das Mietgesetz werde uns eine tiefste Zunahme des Beamtenheeres bringen; den Gemeinden werden dadurch unerträgliche Lasten aufgebürdet. Das Betriebsrätegesetz, das einen guten Kern habe, sei dadurch verdorben worden, daß man 18jährigen Buben das Wahlrecht gegeben habe; die älteren Arbeiter seien den jüngeren vollständig preisgegeben. Die Deutsche Volkspartei werde nicht wie die Demokratie nach links immer nachgeben, sondern ein festes Bollwerk gegen radikale Bestrebungen bilden. In seinem Schlusswort sagte der Redner noch: Wenn auch eine verzweifelte Lage in Deutschland herrsche, wenn Armut und Not in sehr vielen Kreisen des Volkes — abgesehen von den Schiebern und Kriegsgewinnlern, die ein verwerfliches und profränkisches Leben führen — eingekerkert sei, wenn die sauren Ersparnisse vieler Leute in nichts zerronnen seien, so dürfe doch nicht eine allgemeine Mutlosigkeit eintreten; das deutsche Volk werde wieder gefunden, wenn es die Grundzüge der Deutschen Volkspartei annehme und wenn auch in anderen Parteien sich Männer finden werden, die gegenseitig einander verstehen. Sobald wir wieder Bürgermut und Bürgerinn haben, werde unser Volk emporkommen und das Vaterland sei nicht verloren — Den Ausführungen wurde begeisterte Beifall zuteil. Der Vorsitzende gab der Huldigung noch besonderen Ausdruck durch herzliche Dankesworte an den Redner — Nachdem Schulmeister Schuler noch ein beifällig aufgenommenes Gedicht vorgelesen hatte, schloß der Vorsitzende nach einer Aufforderung an die Parteimitglieder, die Zwecke und Ziele der Partei jederzeit hochzuhalten, die Versammlung.

## Minister Reil über Wirtschaftsfragen.

(Stuttg.) Stuttgart, 25. Febr. Anlässlich der ersten Sitzung des würt. Wirtschaftsbeirats der Frankfurter Internationalen Messen, der am Samstag im Handelshof tagte, hielt Arbeitsminister Reil eine Ansprache über wirtschaftliche Fragen. Er betonte das Interesse Württemberg an der Frankfurter Messe und wünschte, daß man auch am Main den Stuttgarter Veranstaltungen im Handelshof Beachtung schenke. Es werde immer darauf hingewiesen, daß der persönliche Nutzen des Produzenten die Triebfeder für den Fortschritt sei. Die Arbeiterfrage würde aber nicht verstanden, wie in einer Zeit der allgemeinen Verarmung große Teile des Produktionsertrags zur persönlichen Lebenshaltung verwendet würden während die Massen kaum ihr Leben fristen können. Die Verteilung des Produktionsertrags sei unbedingt notwendig. Der Achtstundentag sei kein unabänderliches Dogma, sondern nur ein sozial-wirtschaftliches Ziel. Die Frage der Arbeitszeit müsse neu zur Förderung gestellt werden, wenn es nur mit größerer Leistung als täglich 8 Stunden gelinge, den Permissivitäten aus dem Friedensvertrag nachzukommen. Wenn bei leichterem Betriebsarten etwa eine 50stündige Arbeitswoche gewonnen werden soll, so müßten Vorkehrungen getroffen werden, daß dies der Hebung der Lebenshaltung der Volksgemeinschaft zugute komme. Dem Arbeiter müsse das Gefühl der wirtschaftlichen Gleichberechtigung gegeben werden, sonst würden die Klassenunterschiede nicht ausbleiben. Es gebe genaue sähige Röhre, die zur Mitarbeit herangezogen werden könnten. In Württemberg, wo das Verfeinerungsgewerbe vorwiege, sei es nicht schwer, das Interesse der Arbeiter für Qualitätssicherung zu wecken. Dadurch würden die Klassenunterschiede nicht beseitigt, zum mindesten aber eingeschränkt und die Reibungsflächen vermindert. Bei allgemeinen Fragen des Wirtschaftslebens sollten Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengehen. Dadurch würde der Ausgleich der Interessen herbeigeführt und der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft gefördert.

\*

Stammheim, 27. Febr. Am letzten Dienstag hielt Herr Oberamtsbaumwart Widmann im Anschluß an seinen jährlichen Rundgang durch unsere Obstanlagen im Gasthaus zum „Ablen“ einen Vortrag über Obstbau, der leider nur wenig beachtet war. Die Aufgabe des Baumzüchters der Jetztzeit ist es, die Erträge so zu steigern, daß ein großer Teil derselben der Allgemeinheit zugute kommt, da die Einfuhr von Obst zur Zeit sehr erschwert ist. Um die Erträge zu steigern, bedarf es neben der Erschließung neuer Anlagen insbesondere der Pflege der alten Bestände, indem dieselben zweckmäßig gebüht werden (Gülle, Asche, Thomasmehl, Kali, Kainit und Phosphat), indem man wenige, aber ertragreiche Sorten auswählt, für unsere Gegend „Brahlerapfel“, „Theuringer Rambour“ und andere, indem man die Baumwunden richtig behandelt, die alten Bäume und das dürre Holz beseitigt; letzteres ist der Herd, wo sich die Baumschädlinge ausbreiten und von wo aus sie sich auch auf die guten Bäume weiter verbreiten. Bei Neuanlagen empfiehlt Herr Widmann die Reihenanlagen, weniger die geschlossenen Anlagen. Die Ausführungen über den Baumsatz zeigten deutlich, daß der Vortragende nicht nur ein guter Theoretiker, sondern auch ein erfahrener Praktiker ist. Reicher Beifall besohnte den Redner für seine vorzüglichen Vorträge.

(Stuttg.) Biddbad, 27. Febr. Die Stadtverwaltung hatte bei ihrem Holzverkauf das Raummeter zu 80 M. angeschlossen. Die Käufer steigerten Tannenholz bis 435, Buchenholz bis 550 M., je drei Raummeter.

(Stuttg.) Forstheim, 26. Febr. Eine unangenehme Ueberziehung widerfuhr einer in der Güterstraße wohnenden Familie. Schuld daran war das oft getrigte, von der Polizei streng verbotene Fußballspiel auf der Straße. Nichts Böses ahnend sah man beim Mittagstisch; die große Suspensivschüssel war gerade aufgetragen worden und eben wollte der Hausvater beginnen, die schöne Erbsensuppe zu verteilen — da geschah das Unfassbare, das Unvorhergesehene. Mit gewaltigem Getöse der in Trümmer sinkenden Fenster Scheibe kam ein großer Fußball ins Zimmer geflogen und — fuhr mitten hinein in die Erbsen, die nach allen Richtungen hin verstreuten. Am das Maß der Gemeinheit solcher schändlichen Geschehens vollends zum Ueberlaufen zu bringen, wurde der Familienvater durch Glassplitter obendrein noch an beiden Händen verletzt. Die „Fußballspieler“ — es handelte sich um Lehrburschen einer benachbarten Fabrik — hatten sich natürlich außer Scheweite gebracht, als ihr „Geschöpf“ eine so unvorhergesehene Richtung nahm. Man kennt sie aber.

(Stuttg.) Herrenberg, 26. Febr. (Schülerbad.) Der Gemeinderat beschloß im Gaswerk mit einem Kostenaufwand von 164 000 M. die Erstellung eines Schülerbades mit Badewannen, Bassin und Brause-Douchen.

(Stuttg.) Freudenstadt, 26. Febr. Der landwirtschaftliche Bezirksverein beschloß die Gründung einer Einkaufs- und Absatzgenossenschaft, sowie die einer Viehhauchgenossenschaft.

(Stuttg.) Heilbronn, 25. Febr. Der Gemeinderat beschloß mit 16 gegen 10 Stimmen die Errichtung einer Milchzentrale beim Wilhelmshaus. Die Kosten belaufen sich auf 485 000 M., der Staatszuschuß beträgt 100 000 M.

(Stuttg.) Schwaigern, 26. Febr. Der Gemeindehaushalt schließt mit einem Abmangel von rund 500 000 M., jedoch eine Umlage von 40 Prozent notwendig wird.

(Stuttg.) Gosbach M. Geislingen, 27. Febr. Die Brennholzpreiserhöhung aus den Gemeindeforderungen konnte wegen der Preistreiber der Käufer nicht stattfinden. Es war festgestellt worden, daß für den Raummeter nicht höher als 250 M., höchstens 300 M. geboten werden dürfe. Da sich die Käufer nicht daran hielten, wurde die Preiserhöhung abgebrochen und aufgehoben. Der Gemeinderat beschloß, daß jede Familie ohne Unterschied 2 Raummeter Holz zugewiesen erhalten und der Rest frei versteigert werden soll.

(Stuttg.) Künzelsau, 26. Febr. Vorige Woche wurde die Jagd in Unterinsbach in der Größe von 313 Hektar verpachtet. Den Zuschlag erhielt ein Lehrer aus dem Badien für 14 950 M.

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

### Der Kurs der Reichsmark.

\* Der Dollar hat heute wieder die Höhe von 228 M. erreicht, der Schweizer Franken von 44.34 M.

### Hartgeldprägungen.

Bis Ende Oktober 1922 wurden in deutschen Münzstätten geprägt für 914 211.60 M. Fünfhundertpfennigstücke, für 3 646 760 20 M. Zweihundertpfennigstücke und für 16 757 707.50 M. Fünfpennigstücke.

### Die Rohlenpreiserhöhung.

Berlin, 28. Febr. Der Reichskohlenverband und der große Ausschuß des Reichskohlenrats haben gestern laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ folgende Preiserhöhungen beschlossen: für Ruhrkohle, für Förderkohle, für nieder-schlesische Steinkohle im Durchschnitt aller Sorten um 148.60 Mark ohne Steuer, für sächsische Steinkohle um 158.50 M., für Wälder Kohle um 127.40 M. ohne Steuer, für Braunkohle wurden folgende Erhöhungen beschlossen: für rheinische Braunkohle um 71.13 M. für Britetts, um 19.21 M. für Rohbraunkohle; für mitteldeutsche und ostelbische Braunkohle um 87 M. für Britetts und 22.50 M. für Rohbraunkohle je Tonne ohne Steuer. Die Preiserhöhungen wurden notwendig in Folge einer Lohnerhöhung die für das Ruhrrevier und das rheinische Braunkohlenrevier 19.45 Mark pro Schicht und für das mitteldeutsche und ostelbische Braunkohlenrevier 15.15 M. pro Schicht beträgt.

### Die Baummarktpreise.

Zur Frage des Wohnungsbaues ist von größtem Interesse eine genaue Kenntnis der Preisentwicklung, die auf dem Baumarkt seit 1914 stattgefunden hat. Wir können unseren Lesern das amtliche Material darüber vorlegen. Seit 1914 bis zum Februar 1922 sind die Preise gestiegen bei Ziegeln um das 38.20fache, bei Zement um das 22.60fache, bei Kalk um das 41fache, bei Holz um das 58fache, bei Eisen um das 56.50fache, bei Glas um das 51.50fache, bei Fuhrkosten um das 27.80fache, bei den Arbeitslöhnen (durchschnittlich) um das 17.80fache, bei den Gehältern (Bauführer) um das 11.10fache, bei den Gesamtkosten um das 28fache.

### Märkte.

(Stuttg.) Rottweil, 25. Febr. Dem Vieh- und Pferdemarkt am Donnerstag wurden zugeführt: 24 Pferde, 41 Ochsen, 61 Röhre, 147 Rinder, 48 Ferkel, 2 Ziegen, im ganzen 542 Stück. Die Preise waren sehr hoch. Es wurden bezahlt für einen Zuchtfarren 10-25 000 M. trachtige Rastbinnen 12-20 000 M., Röhre 11-13 000 M. Jungrinder 4-8000 M., Zugschweine (sog. Anlehtlinge) 20 bis 30 000 M. pro Paar, Zugochsen pro Stück 18-22 000 M. sog. Buntstübe wurden pro Zentner 600-800 M. bezahlt. Der Handel war sehr lebhaft und wurde ein großer Teil abgesetzt.

(Stuttg.) Rottweil, 25. Febr. Dem Schweinemarkt wurden 294 Stück Milchschweine und 12 Käufer zugeführt. Milchschweine kosteten pro Paar 800-1200 M., für Läufer wurden 1800-2000 M. bezahlt. Der Handel war sehr lebhaft und die ganze Zufuhr reich abgesetzt.

(Stuttg.) Ulm, 26. Febr. Bei der Versteigerung der Häutezentrale wurden 4200 Großvieh-Häute, 5600 Kalbfelle und 840 Schaf-Häute abgesetzt. Die Preise waren erheblich an. Es kostete das Pfund Ochsenhäute bis 29 Pfund 39-40 M., Rinderhäute 42.40-42.70 M., Kuhhäute 32.75-33 M., Ferkelhäute 40.40-41 M., Kalbfelle kamen auf 72-74 M., Schafelle auf 11.50-17 M.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seemann, Gaim. Druck und Verlag der W. C. Schönlager'schen Buchdruckerei, Gaim.

Stadtgemeinde Calw.  
**Verbilligte Milchabgabe  
an Minderbemittelte.**

Durch Beschluß des Gemeinderats wird für nachstehende Personen bis auf weiteres Milch zum halben Preis und unter Umständen unentgeltlich abgegeben.  
1. An alleinstehende Personen und Familien mit ganz kleinem Einkommen und ohne bedeutenderes Vermögen.  
2. An kinderreiche Familien mit nur einem Ernährer in der Familie, soweit nicht Kinderzulagen bezogen werden.  
Die in Betracht kommenden Personen und Familien werden aufgefordert, sich am nächsten Mittwoch, den 1. März 1922 vormittags von 8 bis 12 Uhr beim Stadtdultheißenamt, Zimmer Nr. 8 zu melden.  
Calw, den 27. Februar 1922.  
Stadtdultheißenamt: **G. B. H. e. z.**

**Ostelsheim.  
Vergebung von Bauarbeiten.**

Zur Erbauung eines Wohngebäudes mit Farenstall für die Gemeinde Ostelsheim sind die **Maurer-, Steinhauer- und Zimmerarbeiten** im Akkord zu vergeben.  
Pläne, Arbeitsbeschrieb und Bedingungen liegen auf dem Rathaus in Ostelsheim zur Einsichtnahme auf und sind Angebote entsprechend den einzelnen im Arbeitsbeschrieb aufgeführten Positionen bis Samstag, den 4. März mittags 12 Uhr ebenfalls selbst einzureichen.  
Zuschlag erfolgt innerhalb 8 Tagen.  
Schultheißenamt: **Maulbetzsch.**

Calw, den 27. Februar 1922.  
**Trauer-Anzeige.**



Tiefbetrubt teilen wir Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß unser lieber Gatte, Vater, Sohn, Bruder und Schwager

**Georg Mayer jr.  
Gärtnermeister**

heute Nachmittag 2 Uhr nach kurzer schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
die Gattin: **Marie Mayer**,  
geb. Heimgärtner, mit ihren 2 Kindern  
Für Beileidsbesuche wird herzlich gedankt.  
Beerdigung Mittwoch Nachmittag 3 Uhr.

Röttenbach, den 27. Februar 1922.  
**Lobes-Anzeige.**



Allen Verwandten, Freunden u. Bekannten geben wir die schmerzliche Mitteilung, daß unsere innigstgeliebte Tochter und Schwester **Friederike Rentschler** nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden, im Alter von 26 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.  
Der trauernde Vater:  
**Friedrich Bauer.**  
Beerdigung Mittwoch nachmittags 2 Uhr in Zavelstein.

Garantiert reines und frisches  
**Oelkuchen-Mehl**  
aller Art  
zu billigsten Tagespreisen bei  
**Alfred Reclam, Nagold,**  
Fernspr. 101. Hauptbahnhof.

**Bezugspreiserhöhung.**

Die fortschreitende Verteuerung unserer sämtlichen Rohmaterialien sowie ganz erhebliche Lohnsteigerungen zwingen uns den vierteljährlichen Bezugspreis des „Calwer Tagblatt“ auf Mk. 33.— zu erhöhen.  
Daß wir trotz diesem hohen Preis von den tatsächlichen Herstellungskosten noch weit entfernt sind, wollen unsere Leser aus folgender Gegenüberstellung entnehmen:

	Friedenspreise Mk.	Heutige Preise Mk.
100 Kg. Zeitungspapier	22.—	1000.—
100 Kg. Zeitungsfarbe	58.—	210.—
100 Kg. Metall	55.—	2200.—
1/4-jährlicher Bezugspreis unseres Blattes	1.25	33.—

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß unsere Bezahler die Notlage, in der wir uns befinden, würdigen und unserem Blatte trotz dieser Verteuerung treu bleiben.  
Hochachtungsvoll

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

**Freiwillige  
Feuerwehr.**

Unser Kamerad **Georg Mayer** ist gestorben und wird Mittwoch mittags 3 Uhr beerdigt. Die 4te Komp. hat auszurücken. Samml. 1/2 3 Uhr am Spritzenhaus. Das Kommando.

**Pfannkuch & Co.  
Leigwaren**

**Gemüse-Nudeln**  
Pfund 9.—  
**Eiernudeln**  
Pfund 13.—  
1/2-Pfd. Paket 7.—

**Suppenteig  
Weizengrieß,  
Haferflocken.**  
**Pfannkuch & Co.**  
Fernsprecher 45

**Bei Influenza**  
Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Bronchialkatarrh, Asthma, Auswurf, Schlaflosigkeit trinke man nur Tee „Opst“. Zu haben bei: **Huthsteiner & Kistowsky** Ritter-Drogerie, Calw.

Suche auf 1. oder 15. März nach Weingarten bei Ravensburg ein

**Fräulein  
oder Mädchen**  
nicht unter 20 Jahren, das Liebe zu 2 Kindern hat, (3 und 8 Jahre), etwas Kenntnisse im Nähen besitzt und mit der Köchin die Hausarbeit verrichtet. Guter Lohn und gute Behandlung.  
Näheres durch **Frau Martha Thommel, Hirsau, Sanatorium Römer.**

**Ratten! Mäuse!**  
tötet unfehlbar „Ackerlohn“  
Zu haben bei: **Huthsteiner und Kistowsky, Ritter-Drog.**

**Vor der weiteren Verteuerung  
lieferer ich noch**

zu bekannt billigen Preisen  
**Militär-Schuhe** gut in Stand gesetzt mit **Doppelsehnen** in jed. Größe pro Paar 120 Mk.  
**In ant. Schaftstiefel** pro Paar 170 Mk.  
**rein wollene Militär-Mäntel** 200 Mk.  
**guterhalt. Gummipeterinen** 110 Mk.  
**engl. neue amerik. Zeitbahnen** 200x180 cm 280 Mk.  
vorteilhaft zum Anfertigen von Mänteln, Anzügen, Peterinen, Pferdebedecken usw.  
Täglich eingehende Anerkennungs-schreiben und Nachbestellungen. Behörden, Vereine, Arbeiterverbände, Händler usw. Vorzugspreise. Versand franco. geg. Nachn.

**Joh. Friedr. Niethammer,  
Stuttgart 10, Augustenstr. 77.**

**Achtung! Radfahrer! Achtung!**  
**Fahrradbereifung** sowie **Ersatzteile**  
für Fahrräder kaufen Sie bei mir stets günstig!  
**Gottfr. Lewertoff.**  
Grosshandlung in Fahrräder und Ersatzteile  
**Pforzheim Marktpl. 3**



**Tüchtiges Mädchen**  
nicht unter 20 Jahren, das gut bürgerlich kochen kann in gutes Haus per 1. oder 15. März g e s u c h t.  
Gute Behandlung u. Bezahlung. Reise wird vergütet. Nur Mädchen, welche Dauerstellung suchen wollen Briefe mit Photographie senden an **Frau Jacob Jacobi, Mannheim Kaiserling 12.**

**Kräftiges  
Mädchen**  
für sofort oder später gesucht.  
**Frau Pfarrer Paulus, Neubengstett.**

**Speghardt.**  
Einige **Reifig-Lose** hat zu verkaufen.  
**Phil. Lörcher.**

**Schließ-Korb**  
Wer noch gut erhaltenen preiswert zu verkaufen hat, der lege seine Adresse bei der Geschäftsstelle dieses Blattes nieder.

Wer will rasch und glücklich **heiraten?**  
Auskunft nur gegen 2. Mk für Rückporto durch **H. Nagl, Ravensburg, Rößlestr.**

**Kotfelden D.-M. Nagold.**  
Verkauf am Mittwoch mittag  
**2 Kinder**  
  
(1/2 Jahre alt).  
**L. Schmied.**

**Unterretzenbach.**  
Eine hochtrachtige **Ruß- und Schaff-Ruh**  
  
unter 2 die Wahl, verkauft **Ernst Böckle.**

**Eine Dame**  
welche eine zarte, weisse Haut u. blend. schönen Teint erlangen u. erhalten will, wäscht sich nur mit der **Streckensperd-Seife** die beste Lillienmilchseife von **Bergmann & Co., Radebeul.** Überall erhältlich.

Zu haben in Calw: **H. Beisser, Kaufm.; Friedr. Lamparter, Kol.-Waren; J. Odermatt, Friseur; Wilh. Winz, Friseur.**

Mittwoch, den 1. März  
**Roksverkauf im Gaswerk.**

**Landw. Bezirksverein Calw.**

Auf Lager sind:  
**Kalkstickstoff** Weizenfuttermehl,  
**Kaliumperphosphat** Reisfuttermehl,  
**Kalijalz** Delkuchen,  
**Natronalpetet,** Delkuchennmehl,  
**Rainit** Haferkleienmelasse,

Ausgabe Mittwochs und Samstags in unserem Lagerhaus am Bahnhof.  
Geschäftsführer: **J. Knecht.** Fernspr. Nr. 96.

**Wiesen-Verpachtung.**

Am Donnerstag, den 2. März 1922, verpachtet die

**Baumwollspinnerei Calw G. m. b. H.**  
**ihre Wiesen im Nagoldtal.**

Versteigerungs- und Pachtbedingungen liegen auf dem Büro der Baumwollspinnerei in Keitheim zur Einsicht auf.

**Zusammenkunft:**  
1. Für die Verpachtung der Wiesen von der Spinnerei Keitheim abwärts bis zum Delenderle vormittags 9 Uhr, bei der Spinnerei.  
2. Für die Verpachtung der Wiesen von der Spinnerei Keitheim aufwärts nachmittags 2 1/2 Uhr bei der Spinnerei.

Einer werthen Kundschaft von Stadt u. Land empfehle ich mein gut sortiertes Lager in

**feinen Herren- u. Damen-Stiefeln, kräftig. Arbeits-Stiefeln u. Kinderstiefeln**  
zu billigen Preisen.

**Mafarbeiten u. Reparaturen werden angenommen.**

**Carl Fischer, Schuhgeschäft, Stuttgarterstraße.**

**Weiden**  
für **Korbmacher** verkauft  
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Eine schöne, neumelktige **Kalbin**  
  
hat zu verkaufen.  
**Adolf Raich, Calw.**

**Jeder Gewerbetreibende**  
wendet sich bei Bedarf an Drucksachen aller Art, als Briefbogen, Rechnungen, Postkarten, Zirkulare, Preislisten usw. an die Druckerei dieses Blattes.